

Protokoll
11. Sitzung der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft
in der 17. Legislaturperiode

Ort: Akademie der Künste, Berlin

Datum: 19. Februar 2013

Zeit: 9.00 -12.00 Uhr

Teilnehmer: Siehe Teilnehmerliste

Anlagen: Tagesordnung
Teilnehmerliste
Präsentation Promotorengruppe Kommunikation
Präsentation Querschnittsthema Erkenntnistransfer

TOP 1: Begrüßung

Staatssekretär [REDACTED] begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der elften Sitzung der Forschungsunion. Er übermittelte die Grüße der aus dem Amt geschiedenen Bundesministerin [REDACTED] und entschuldigte die neue Bundesministerin [REDACTED], die aufgrund einer Sitzung des Bundeskabinetts nicht anwesend sein konnte.

Staatssekretär [REDACTED] verwies zudem darauf, dass die elfte Sitzung auch die abschließende Sitzung der Forschungsunion dieser Legislaturperiode war. Die Zukunftsprojekte (ZP) der Hightech-Strategie und die angestoßenen Umsetzungsaktivitäten der Forschungsunion seien jedoch langfristiger Natur, die über die aktuelle Legislaturperiode hinweg verfolgt werden müssten. Für die geleisteten Impulse gebühre allen Beteiligten in der Forschungsunion großer Dank. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf den Bilanzbericht der Bundesregierung zur Hightech-Strategie, der aktuell vorbereitet wird.

Zum Einstieg in die Tagesordnung erläuterte Staatssekretär [REDACTED] die notwendig gewordenen Anpassungen in der Agenda. Aus Termingründen musste [REDACTED] seine Teilnahme kurzfristig absagen. Frau [REDACTED] war krankheitsbedingt ebenfalls verhindert. Die geplanten Tagesordnungspunkte „Empfehlungen zur Dienstleistungsforschung“ und „Beiträge der Forschungs- und Innovationspolitik zum Schutz von Gemeingütern“ mussten deshalb entfallen. Stattdessen wurde als neuer Tagesordnungspunkt ein Bericht durch [REDACTED]

■■■■ über den Stand des Zukunftsprojekts „Internetbasierte Dienste für die Wirtschaft“ aufgenommen.

TOP 2: Stand des Zukunftsprojekts „Internetbasierte Dienste für die Wirtschaft“

■■■■ erläuterte die geplanten Schritte der Promotorengruppe Kommunikation zur Bearbeitung des Zukunftsprojekts „Internetbasierte Dienste für die Wirtschaft“ (siehe Anlage). Dieses Thema beinhalte laut ■■■■ enorme Chancen zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, insbesondere aufgrund neuer Möglichkeiten zur Generierung hochwertiger Dienstleistungen auf der Grundlage immer schneller wachsender Datenmengen (Big Data). Er kündigte eine enge Verzahnung des geplanten neuen Zukunftsprojekts mit den ZP „Industrie 4.0“ und „Sichere Identitäten“ an. Zur Konkretisierung des Vorschlages kündigte er für den 26.3.2013 einen Strategieworkshop an.

In dem sich anschließenden Austausch wurde betont:

- Die Fragestellung adressiert eine Vielzahl schnell wachsender Wertschöpfungsprozesse. Der Vorschlag zur Aufnahme des Themas wurde durch eine Reihe von Beiträgen entsprechend begrüßt.
- Forschung und die Erarbeitung neuer Geschäftsmodelle zu Big Data sind im Vergleich zur Höhe des Beschäftigungsanteils betroffener Sektoren, eines exponentiellen Wachstums vieler Teile der digitalen Wirtschaft und der wachsenden Bedeutung von hybriden Geschäftsmodellen stark unterentwickelt.
- Insbesondere der Bildungsbereich steht aufgrund der neuen Möglichkeiten der internetbasierten Wissensvermittlung vor tiefgreifenden Veränderungen. Hier gilt es, schnell zu handeln, um bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle nicht den internationalen Anschluss zu verpassen. Unter anderem der Stifterverband widmet sich deshalb aktuell diesem Themenfeld mit dem Vorschlag einer Programminitiative „Hochschulbildung und das Web“.
- Offene Fragen bei der Analyse und Nutzung von Big Data berühren die Eigentumsrechte bezüglich der gesammelten Informationen (insbesondere Prozessdaten), Haftungsfragen und den Datenschutz. Dies sind Themen für eine umfassende begleitende sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Begleitforschung sowie eine offene Dialogkultur.
- Personenbezogene und internetbasierte Dienstleistungen weisen eine Reihe von identischen Charakteristika auf und sollten etwa im politischen und Forschungskontext weitmöglichst gemeinsam betrachtet werden. Zudem sollten sie jeweils in der Untersuchung übergeordneter Themenfelder (bspw. Gesundheit, Klima/Energie) mit be-

rücksichtigt werden. Das BMBF plant, das Thema Dienstleistungen, wie im neuen Programm Produktion und Dienstleistungen, in unterschiedliche Anwendungsbezügen zu integrieren. Eine hohe Priorität für die Bearbeitung von übergreifenden Querschnittsfragen der Dienstleistungsforschung wird erhalten.

TOP 3: Empfehlungen zum Wissens- und Technologietransfer

█ stellte die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der von ihm koordinierten Arbeitsgruppe zum Themenfeld Erkenntnistransfer vor (siehe Anlage). Er betonte, dass der Transfer als Wechselwirkung zwischen Grundlagenforschung und Anwendung verstanden werden und alle wissenschaftlichen Disziplinen umfassen müsse.

In der Aussprache wurde ergänzend hervorgehoben:

- Der Transfergedanke sollte über eine Verbindung der Akteure aus der Forschung hinausgehen und beispielsweise auch die Zivilgesellschaft einschließen. Es handelt sich um rekursive Prozesse; Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft gewinnen durch mehr Interaktion.
- Grundlagenforschung darf nicht alleine an unmittelbaren Nützlichkeitsaspekten ausgerichtet werden. Dennoch sollte sie ergebnisorientiert sein, da sie auch der Gesellschaft in hohem Maße verpflichtet ist, die sie erst ermöglicht. Insofern ist eine Orientierung an den Bedarfsfeldern der Hightech-Strategie legitim. Hinzu kommt: Eine Vielzahl von Studien und Indikatoren zeigt, dass Erfolge im Erkenntnistransfer in hohem Maße auf exzellenter Wissenschaft beruhen.
- Die Verwirklichung des Erkenntnistransfers auf breiter Ebene setzt einen Kulturwandel insbesondere in Hochschulen voraus, welcher durch Leitungen der Hochschulen vorangetrieben werden sollte. Den Hochschulleitungen sollten hierzu Instrumente an die Hand gegeben werden. Dieser bedeutet auch, dass unterschiedliche wissenschaftliche Outputs wie Publikationen oder Patente und Kooperations- oder Förderprojekte mit unterschiedlichen Partnern (DFG, Bundesministerien, EU, Stiftungen, Wirtschaft) im Rahmen des wissenschaftlichen Reputationsmanagements hohe Wertschätzung genießen sollten.
- Teile des Mittelstands sind bei der Wissensbeschaffung noch nicht ausreichend gut aufgestellt. Für eine Stärkung des Erkenntnistransfers sind in vielen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue Strategien der Kooperation notwendig. Allerdings existieren auch eine große Zahl von best-practice-Modellen.

TOP 4: Aussprache zur Zukunft des Forschungs- und Innovationssystems

■ präsentierte die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des vergangenen Villa-Hügel-Gesprächs des Stifterverbandes, das sich mit neuen Finanzierungs- und Kooperationsformen des Hochschulsystems befasste. Er stellte dar, dass Hochschulen ein zentraler Akteur des Innovationssystems sind, weil sie neue Forschungsergebnisse generieren und gleichzeitig als Bildungseinrichtung für Wissenschaft und Gesellschaft fungieren. Sie gelten aber als mehrheitlich unterfinanziert, kluge Konzepte und ein weiterer Ausbau der finanziellen Grundlagen der Wissenschaft sind für den Innovationsstandort von hoher Bedeutung. Handlungsbedarf sei hier offensichtlich.

In der weiteren Diskussion wurden folgende Punkte angesprochen:

- Ein Abbau von bürokratischen Hürden - beispielsweise eine Umstellung auf Vollkostenrechnung oder die Harmonisierung haushaltsrechtlicher Bestimmungen - und eine kritische Überprüfung der Strukturen sind für eine Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems essentiell.
- Die Lehre als zentrale Aufgabe der Hochschulen muss weiter gestärkt werden. Das Wissenschaftssystem wird sich noch stärker interdisziplinär ausrichten. Die akademische Ausbildung muss deshalb in dieser Richtung weiterentwickelt werden.
- Zur überwiegend öffentlichen Finanzierung der Hochschulen sollten mehr private Mittel hinzugewonnen werden. So sind in Deutschland beispielsweise Stiftungen im internationalen Vergleich noch unterdurchschnittlich im Wissenschaftsbereich engagiert.
- Die steuerliche FuE-Förderung sollte in den Mittelpunkt der Überlegungen für eine Weiterentwicklung der Innovationspolitik rücken. Die wichtigen politischen Akteure sollten hier eine gemeinsame Linie finden und eine entsprechende Initiative für die nächste Legislaturperiode vorbereiten.

TOP 5: Entwurf des Perspektivenpapiers

■ präsentierte den Arbeitsstand zum Perspektivenpapier der Forschungsunion und fasste eine Diskussion des Autorenteam, bestehend aus den Vorsitzenden und den Sprechern der Promotorengruppen am Vorabend, zusammen. Das Perspektivpapier stand zuvor in allen Promotorengruppen zur Diskussion.

Der vorliegende Entwurf des Perspektivpapiers fand in den Promotorengruppen dabei eine breite Unterstützung. Die Arbeit ist aus Sicht der Sprecher der Promotorengruppen weit ge-

diehen. Der zentrale Fokus des Papiers auf Vorschläge zu zentralen Missionen der FuE-Politik der kommenden Jahre fand Zustimmung.

Zur Diskussion stehen gegenwärtig noch einzelne redaktionelle Anpassungen sowie einzelne ausgewählte Inhalte.

Im Vordergrund stand insbesondere die Frage, ob das so genannte Lissabon-Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, in Richtung 3,5 Prozent angehoben werden sollte.

Die Diskussion in der Forschungsunion ergab folgende Ergebnisse und Ergänzungen:

- Eine Erhöhung der Aufwendungen für Forschung und Innovation ist grundsätzlich auch jenseits der drei-Prozent Marke in hohem Maße wünschenswert. Forderungen nach einer Etablierung des 3,5%-Ziels sollten allerdings eng mit einer notwendigen Verbesserung von Rahmenbedingungen (steuerliche FuE-Förderung) sowie mehr Wirkungsanalysen und der Adressierung von Effizienzreserven verbunden werden. Vertreter der Wissenschaft betonten die hohe Mobilisierungswirkung des 3%-Ziels von Lissabon in den vergangenen Jahren in Deutschland.
- Die Einbettung der nationalen Forschungspolitik in den europäischen Forschungskontext und die wechselseitigen Einflüsse, die etwa bei der Erstellung der Ziele für das Rahmenprogramm Horizon 2020 deutlich wurden, sollten in dem Papier klar zum Ausdruck gebracht werden. Wenn für Europa im Durchschnitt weiterhin ein 3%-Ziel angestrebt wird, so bedeutet dies für Deutschland entsprechend höhere Ziele.
- Das Argument, dass wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit auch von der Geschwindigkeit und einem konsequenten Monitoring von globalen Innovationsprozessen abhängt, sollte Eingang in das Papier finden.
- Das Papier sollte stärker auf den Erfolg des Instruments Forschungsunion verweisen und für die Idee eines nachhaltigen und fortgesetzten institutionalisierten Austausches von Wirtschaft und Wissenschaft werben.

Als weitere Vorschläge für den Aufbau des Perspektivenpapiers wurden in der Diskussion genannt:

- Visualisierungen in den einzelnen Kapiteln in Form von Abbildungen und Grafiken, etwa zu den Zukunftsprojekten oder den Bedarfsfeldern und deren Schnittmengen, könnte die Attraktivität des Papiers erhöhen.
- Ergebniszusammenfassungen am Ende der Kapitel könnten die Leserführung verbessern.

- Ein einleitender Textabschnitt sollte Urheberschaft (Forschungsunion) sowie den umfassenden Arbeitsprozess der Autoren zur Erstellung des Papiers herausstellen.

TOP 6: Verschiedenes und Verabschiedung

Staatssekretär [REDACTED] bedankte sich bei allen Mitwirkenden aus Forschungsunion und den beteiligten Ressorts für die engagierte und erfolgreiche Arbeit in dieser Legislaturperiode. Dieser Dank sei auch mit der Einladung an die Promotoren zum gemeinsamen Abendessen am 22. April verbunden, an dem auch die neue Ministerin [REDACTED] teilnehmen wolle. Er verwies noch einmal auf die Konferenz zur Hightech-Strategie am 23. April, die mit internationaler Beteiligung auch einen Blick auf Innovationsstrategien über die nationalen Grenzen hinweg leisten soll. Das Ziel der Konferenz ist es, einen breiten Kreis von Multiplikatoren über Handlungsvorschläge der Forschungsunion für die kommende Legislaturperiode zu informieren, für die erarbeiteten Zukunftsprojekte zu werben und auf der Grundlage des Perspektivpapiers in einem breiteren Kreis die Strategiedebatte fortzuführen.

Im Namen der Mitglieder der Forschungsunion sprachen die beiden Vorsitzenden Staatssekretär [REDACTED] und der ehemaligen Ministerin [REDACTED] ihren besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit aus.